

Antrag

der Abgeordneten Gabmann, Dr. Von Gimborn, Dr. Machacek, Waldhäusl,
Königsberger und Landbauer

betreffend **Einführung einer Wehrpflicht für Frauen**

Derzeit rücken weit mehr als 1000 wehrpflichtige Frauen im Alter von 18 bis 19 Jahren in die Kasernen des „emanzipierten“ Königreichs Norwegen ein, denn 2014 hat das Parlament dort mit großer Mehrheit die Einführung der Wehrpflicht auch für Frauen beschlossen. Die Armee soll das Volk widerspiegeln, auch geht es um Gleichheit, so der Grundgedanke dieser wirklich allgemeinen Wehrpflicht.

Der Index der menschlichen Entwicklung (HDI) der Vereinten Nationen stuft Norwegen seit vielen Jahren als das weltweit am weitesten entwickelte Land ein. Darüber hinaus ist es laut dem Demokratieindex der britischen Zeitschrift The Economist der demokratischste Staat der Welt.

Auch die Schweiz will in Sachen Gleichberechtigung offenbar neue Wege gehen. Künftig sollen auch hier Frauen einen Zivil- oder Militärdienst leisten müssen. Eine entsprechende Empfehlung wurde von einer Studiengruppe dem Bundesrat abgegeben. Die Studiengruppe argumentiert, die Frauen hätten in den letzten Jahren in Sachen Gleichberechtigung Terrain gutgemacht. Deshalb sollten sie auch dieselben Pflichten haben wie die Männer.

Wer also die Gleichberechtigung von Männern und Frauen will, braucht auch gleiche Rechte und Pflichten bei der Landesverteidigung – auch in Österreich – denn wer davon überzeugt ist, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter eine gute Sache ist, kann Gleichberechtigung nicht ausgerechnet bei der Landesverteidigung falsch finden.

Menschen nicht nach Geschlecht, sondern nach individuellen Talenten, Neigungen und Fähigkeiten einzusetzen, ist klarerweise nicht nur an der Waffe von Vorteil, sondern auch in allen anderen militärischen Bereichen.

Autofahren und Kochen, Medizin und Fliegen, Programmieren und Funken, Latrinenputzen und Logistik – keine dieser Tätigkeiten braucht ein y-Chromosom.

Strategische, forschende, analytische und lehrende Tätigkeiten brauchen auch keines.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, insbesondere beim Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, für die Einführung einer Wehrpflicht für Frauen einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.